

Aus- und Fortbildungsinstitut  
des Landes Sachsen-Anhalt  
als zuständige Stelle nach BBiG

Kenn-Nr.
----------

**Abschlussprüfung 2023  
im Ausbildungsberuf  
Verwaltungsfachangestellte/Verwaltungsfachangestellter  
Einstellungsjahrgang 2020**

<b>4. Prüfungsbereich:</b>	<b>Wirtschafts- und Sozialkunde</b>
<b>Prüfungstag:</b>	19. Mai 2023
<b>Bearbeitungszeit:</b>	90 Minuten
<b>zugel. Hilfsmittel:</b>	DVP- oder VSV-Gesetzessammlung nicht programmierbarer, nicht textspeicherfähiger Taschenrechner

**Hinweis:** Die Klausur besteht aus **3** Seiten (inkl. Deckblatt).  
Bitte prüfen Sie die Vollständigkeit sofort nach!

**Fall 1 – Eine Skulptur für das Museum:**

Die Stadt Kleinstedt (K) schließt mit dem Händler Vielverkauf (V) einen wirksamen Kaufvertrag nach § 433 BGB über die Lieferung einer einmaligen Kunstskulptur für das städtische Museum. Die Abholung soll durch K am 22.03.2023 erfolgen. Bedauerlicherweise wird die Skulptur am Vorabend während eines Einbruchs in die Räumlichkeiten des V vollständig zerstört.

In der Stadt Kleinstedt will man das alles nicht wahrhaben und besteht weiterhin auf Übergabe und Übereignung der Kunstskulptur.

**Aufgabe:**

Prüfen Sie in einem Rechtsgutachten, ob K gegen V einen Anspruch auf Übergabe und Übereignung der Skulptur hat! (10 Punkte)

**Fall 2 – Neuer Großdrucker für den Landkreis:**

Der Landkreis Schlossheim (S) benötigt einen neuen Großdrucker. Zu diesem Zwecke schließt der Landkreis Schlossheim einen wirksamen Kaufvertrag nach § 433 BGB mit dem Händler (H).

Im Kaufvertrag war folgender Passus enthalten: „Landkreis und Händler vereinbaren, dass der Großdrucker innerhalb von 8 Betriebsstunden mindestens 5.000 Blatt Papier beidseitig und in Farbe kopieren können muss.“

Nachdem der Drucker geliefert wurde, stellt sich heraus, dass das Gerät gerade einmal 2.000 Blatt und nicht – wie vereinbart – 5.000 Blatt verarbeiten kann. Auf dieses Problem angesprochen, teilt H zutreffender Weise mit, dass er nichts für das Problem kann und dieses aufgrund eines Fehlers beim Produzenten (P) auftaucht.

Der Landkreis Schlossheim möchte nunmehr einen den vereinbarten Anforderungen genügenden Drucker vom Händler.

**Aufgabe:**

Liegt ein Sachmangel nach § 434 BGB vor? Prüfen Sie! (14 Punkte)

**Fall: Die letzte Generation**

**I. Situationsbeschreibung**

Gehen Sie, soweit für die Lösung erforderlich davon aus, dass im derzeitigen 20. Deutschen Bundestag 11 Überhangmandate und 127 Ausgleichsmandate bestehen.

Gehen Sie ohne weitere Prüfung davon aus, dass der Bund für das nachfolgend dargestellte Gesetz die Gesetzgebungszuständigkeit besitzt.

**II. Sachverhalt**

Auf Grund immer häufiger vorkommender Aktionen der sogenannten „Letzten Generation“ wird von 44 Mitgliedern des Bundestages fraktionsübergreifend eine Änderung des Strafgesetzbuches in den Bundestag eingebracht. Im Antrag zur Gesetzesänderung wird gefordert, „Straßenblockierer und Museumsrandalierer“ härter zu bestrafen und Menschen und Kulturgüter vor radikalem Protest im Kontext des Klimawandels zu schützen. Was als friedliche Demonstration begann, hat sich aus Sicht der Antragsteller in Teilen der Klimabewegung in den vergangenen Wochen und Monaten zu einem radikalen und aggressiven Protest gewandelt, der kriminelle Mittel nicht scheue und dabei auch Leib und Leben von Menschen gefährde.

Nach drei Lesungen mit jeweils langer Diskussion sprechen sich in der Schlussabstimmung von den anwesenden 451 Abgeordneten 191 mit Ja und 173 mit Nein aus; 87 Abgeordnete enthalten sich. Nach der Abstimmung leitet die Bundestagspräsidentin Bärbel Bas den Gesetzesbeschluss an den Bundesrat weiter.

Im Bundesrat kommt es zur Abstimmung über den Gesetzentwurf. An der Sitzung nehmen nur 63 der 69 Bundesratsmitglieder teil. Ein Bundesland mit sechs Stimmen nimmt nicht an der Sitzung teil, da seine Mitglieder und deren Vertreter durch eine Sondersitzung der Landesregierung an der Teilnahme gehindert sind.

Nach eingehender Diskussion kommt es zur Schlussabstimmung. Die Landesregierung des Landes Niedersachsen, das immerhin 7,9 Millionen Einwohner hat, hat seinen Vertretern und Vertreterinnen für diese eine Abstimmung die Abstimmungsentscheidung im Bundesrat freigestellt. Daher stimmen drei seiner Mitglieder gegen das Gesetz, der Rest seiner Mitglieder dafür.

Schließlich wird folgendes Abstimmungsergebnis festgestellt:

für den Entwurf	38 Stimmen,
gegen den Entwurf	25 Stimmen.

Nach der Beschlussfassung im Bundesrat liegt nun dem Bundespräsidenten das Gesetz vor, der es im Rahmen der Ausfertigung von Ihnen prüfen lässt.

**III. Aufgabe**

Bitte prüfen Sie, ob das Gesetzgebungsverfahren rechtmäßig verlief und der Bundespräsident das Gesetz demzufolge ausfertigen wird!